

ANTRAG

Gremium: Kreisvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ostprignitz-Ruppin

Beschlussdatum: 29.10.2026

Tagesordnungspunkt: 5. Positionspapier zu Rechenzentren in OPR

A1: Stellungnahme des Kreisverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ostprignitz-Ruppin zum geplanten Rechenzentrum in Freyenstein

Antragstext

Hiermit nehmen wir als Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ostprignitz-Ruppin offiziell Stellung zu den öffentlich diskutierten Entwürfen für eines der größten Rechenzentren Europas in Freyenstein, nahe Wittstock/Dosse ([vgl. Berichterstattung des rbb24, 21.04.26](#))

Am 02. Oktober 2026 haben wir uns in Wittstock/Dosse gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Andrea Lübcke intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, die viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis bewegt:

„Ist das größte Rechenzentrum Europas in Freyenstein ein willkommenes Projekt?“

Im Rahmen eines anregenden Abends mit respektvollem Austausch und unterschiedlichsten Perspektiven haben wir vor Ort diskutiert. Als Kreisverband haben wir die vielen Wortbeiträge ausgewertet und folgende Position entwickelt:

Wir sind der festen Überzeugung, dass Rechenzentren eine essenzielle Säule unserer digitalen Infrastruktur sind, doch der Ort und die Art ihrer Umsetzung müssen stimmen. Gemeinsam mit allen Beteiligten möchten wir nach Lösungen suchen, die technologischen Fortschritt mit dem Schutz unserer Ressourcen, unserer Lebensqualität und unserer Sicherheit in Einklang bringen.

Kritische Anmerkungen zum aktuellen Planungsstand

Da uns derzeit keine konkreten Planungsunterlagen vorliegen, stützen wir unsere

Bewertung auf die bisher bekannten Annahmen. Dabei ergeben sich aus Sicht des Kreisverbands erhebliche Bedenken:

1. Fragwürdige wirtschaftliche und steuerrechtliche Rahmenbedingungen

Es ist weiterhin unklar, wie die aktuelle Bundesregierung die Ausgestaltung der Gewerbesteuer auf Rechenzentren anpassen wird ([vgl. Pressemitteilung von Dr. Andrea Lübcke, MdB](#)). Aktuell halten wir das Risiko für hoch, dass von potenziellen Gewerbesteuereinnahmen kaum etwas bei der betroffenen Kommune, hier die Stadt Wittstock und dem Ortsteil Freyenstein, ankommt. Die aktuell diskutierten Gesetzesentwürfe der Bundesregierung zeigen, dass auch „Schlupflöcher“ möglich sind, die es den Betreibern leicht ermöglichen könnten, die Gewerbesteuerforderungen der Kommune zu umgehen. Standortkommunen müssen fair an den Umsätzen beteiligt werden, damit die Wertschöpfung vor Ort sichtbar wird und bei den Menschen ankommt.

2. Fehlende Abwärmenutzung

Ein wesentlicher Aspekt bei der Standortwahl eines Rechenzentrums ist die Möglichkeit, anfallende Abwärme sinnvoll zu nutzen, ohne diese ungenutzt an die Umgebung abzugeben. In dem diskutierten Entwurf für Freyenstein ist eine Nutzung der Abwärme derzeit nicht vorstellbar. Ein Rechenzentrum mit einer elektrischen Anschlussleistung von bis zu 1 GW ist für das benachbarte Freyenstein unverhältnismäßig groß und würde deutlich mehr Wärme produzieren, als derzeit vor Ort genutzt werden könnte. Für eine realistische Nutzung der erzeugten Wärme müssen alle möglichen Varianten und Kombinationen in Betracht gezogen werden, damit die erzeugte Energie für Wärmenetze oder für gewerbliche Abnehmer zur Verfügung gestellt werden kann. Diese Anforderung gehört zudem als Verbindlichkeit in das Genehmigungsverfahren.

3. Wasserbedarf und Wasserknappheit

Trotz sinkender Grundwasserspiegel, austrocknender Böden durch die Klimakrise und Warnungen der Wasserversorger werden weiterhin Pläne für wasserintensive Großprojekte, wie Rechenzentren, vorangetrieben. Die Ansiedlung dieser Infrastruktur und industrieller Projekte muss sich zukünftig strenger an die regional verfügbaren Wassermengen orientieren. Selbst wenn das anvisierte Rechenzentrum mit einer Kühltechnologie arbeiten sollte, welche auf einem weitgehend geschlossenen Wasserkreislauf basiert, geht mit einem Projekt dieser Größenordnung ein erheblicher Wasserverbrauch einher. Wir fordern, dass die Errichtung von Rechenzentren nur mit einer verbindlichen Wasserbilanz genehmigt werden. Auch indirekte und einmalige Verbräuche in der Bauphase, für die

Energieerzeugung und die zugehörige Infrastruktur müssen berücksichtigt werden.

4. Bodenversiegelung

Die diskutierten Entwürfe des Rechenzentrums zeigen eindrucklich, dass mit der Errichtung der Gebäude und Infrastruktur erhebliche Flächen neu versiegelt werden würden. Wir fordern die handelnden Akteure eindringlich dazu auf, bei jeder Standortwahl Alternativen zu prüfen, die mit weniger Flächenverbrauch einhergehen, bspw. durch die Nutzung von vorbelasteten bzw. bereits versiegelten Flächen sowie bestehender Gewerbe und Industriestandorte ("Brownfields"). Wir arbeiten an vielen Standorten, im privaten wie öffentlichen Raum daran, bereits versiegelte Flächen wieder frei zu legen. Diese Errungenschaften dürfen nicht durch unkontrollierten Zubau von Rechenzentren, schon gar nicht in naturnahen Gebieten wie Freyenstein, zu Nichte gemacht werden.

5. Überdimensionierung

Die Dimension des angedachten Rechenzentrums passt nicht zum Standort Freyenstein. Neben der Abwärme, die vor Ort nicht genutzt werden kann, ist auch die Akzeptanz der Pläne schlicht weg nicht gegeben, was sich nicht zuletzt aus der Dimensionierung der Projektidee ergeben hat. Würde der vorgestellte Entwurf entgegen der öffentlichen Stimmung so weiterverfolgt und in konkrete Pläne umgewandelt werden, sehen wir sowohl den sozialen Frieden vor Ort als auch die Akzeptanz für Rechenzentren in der Region grundsätzlich in Gefahr.

6. Risiken der Zentralisierung und kritische Infrastruktur

Die Zentralisierung einer derart enormen Rechenleistung birgt weitere Nachteile. Aus Sicht der Versorgungssicherheit und Resilienz sollte zwingend über redundante Standorte nachgedacht werden. Zudem bleibt die Frage unbeantwortet, warum es für Rechenzentren – als Anlagen der kritischen Infrastruktur – keine landesweiten oder sogar bundesweiten Strategien gibt. Diese Anlagen stehen im Fokus unterschiedlichster Angriffe. Eine Stadt wie Wittstock/Dosse darf bei Projekten dieser Größenordnung nicht alleingelassen werden. Eine Unterstützung durch staatliche Institutionen auf Landes- oder Bundesebene wäre aus unserer Sicht nicht nur angemessen, sondern ein gesellschaftliches Anliegen im Sinne eines strategischen Vorgehens im Interesse der Allgemeinheit.

Forderungen und Maßnahmen

Die wesentlichen Kriterien für die Ansiedlung von Rechenzentren hat der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg in ihrem „[Forderungspapier Rechenzentren](#)“ zusammengefasst. Dieses Papier ist der Maßstab, an dem sich auch

93 das geplante Rechenzentrum in Freyenstein für uns messen muss.

94 Als Kreisverband werden wir uns aktiv für die Einhaltung dieser Eckpunkte
95 einsetzen. Unser Ziel ist eine optimale Standortbestimmung, eine ökologisch-
96 effektive Auslegung der Anlage sowie maximale Transparenz und Bürgerbeteiligung
97 im Planungs- und Genehmigungsverfahren.

98 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Ostprignitz-Ruppin